

# Die Woche im Bundestag



## Warum handelt die Ampel nicht?



**Höhere Preise bedeuten höhere Belastung – gerade für Menschen mit geringerem Einkommen.**



**Trotz aktueller Entwicklungen verstrickt sich die Ampel bei der Bekämpfung hoher Preise in Ankündigungen und Einzelmaßnahmen.**

**CDU/CSU**

### Inflation bekämpfen, gerecht entlasten

Die Ampel verstrickt sich in finanzpolitische Widersprüche: Bundesfinanzminister Lindner kündigt an, die Schuldenbremse ab 2023 uneingeschränkt einzuhalten – und vertritt zugleich eine bis dato nie dagewesene Neuverschuldung. Teile der Ampel fordern zusätzlich die Abschaffung oder weitere Aussetzung der Schuldenbremse. Ähnliche Widersprüche zeigen sich auch in der Steuerpolitik: Während Bundesfinanzminister Lindner Steuersenkungen fordert, lehnen seine Koalitionspartner dies ab. Bei der Bekämpfung der Inflation verstrickt sich die Bundesregierung in Einzelmaßnahmen und Ankündigungen.

Wir dagegen wollen die glaubhafte Rückkehr zu finanzpolitischer Solidität. Wir brauchen Klarheit bei der Frage der Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und zwar für alle Teile der Bevölkerung. Deutschland

braucht eine verlässliche Politik, die erkennbar aus der Krise steuert und den Rahmen für Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze setzt.

Deshalb muss der Abbau der kalten Progression zügig angegangen werden. Gehaltssteigerungen müssen weitestgehend im Geldbeutel der Arbeitnehmer landen - nicht in der Staatskasse. Die Ampel-Koalition muss noch deutlich mehr gegen die sozialen Folgen der Energiepreiskrise tun. Es ist zwar richtig, dass Bezieher und Bezieherinnen von Grundsicherung eine Einmalzahlung von 200 Euro und Kinder aus ärmeren Familien 20 Euro mehr pro Monat erhalten. Rentner und Studenten gehen beim Energiepaket jedoch leer aus. Wir fordern die Energiepreispauschale auch für Rentner und Studenten. Für mehr Entlastung der Bürger muss die Ampel das Tempo erhöhen.



## Dringend notwendige Entlastungen fehlen weiterhin



Zum Beschluss des vierten Corona-Steuerhilfegesetzes durch die Ampel-Koalition im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags erklärt **der zuständige Berichterstatter, Fritz Güntzler:**

„In der gegenwärtigen Situation bedarf es mehr als nur der Fortführung eines erfolgreichen Konzepts. Betrachtet man beispielsweise das Thema Abschreibung, so warten die Unternehmen vergeblich auf die versprochene „Turboabschreibung“. Wieder einmal kann die Ampel ihr Versprechen nicht halten und sorgt für Unsicherheit und Investitionsstau bei den Unternehmen.“

Auch die Entfristung der degressiven Abschreibung würde Unternehmen entlasten. Neben der Rechtssicherheit wäre dies auch wichtig, um das Steuersystem für Unternehmen wieder planbar und berechenbar zu machen. Das sind Maßnahmen, die die deutsche Wirtschaft in der Krise wirklich unterstützen. Zudem fordern wir, dass bei der Abschreibung für digitale Wirtschaftsgüter durch eine gesetzliche Regelung Klarheit geschaffen wird.

Dass das Konzept in sich nicht ganz stimmig ist, wird nicht zuletzt bei der Verlustverrechnung deutlich. Wer jetzt noch nicht verstanden hat, dass ein Verlustrücktrag in die Verlustjahre 2020 und 2021 ins Leere läuft, hat sich mit der Thematik wohl nicht ernsthaft auseinandergesetzt. Dabei würde eine Ausweitung der Verlustverrechnung genau diejenigen Unternehmen entlasten, die besonders stark von der Corona Pandemie getroffen wurden. Auch in der Anhörung sprachen sich die Experten reihenweise dafür aus.

Dennoch bleibt festzuhalten, dass Oppositionsarbeit wirkt: Unser Druck auf die Ampel zum steuerfreien Corona-Bonus war erfolgreich. Der erste Vorschlag der Ampel sah noch vor, dass nur klinisches Pflegepersonal 3.000 Euro steuerfrei vereinnahmen kann. Nun werden die Beschäftigten in Kliniken, (Zahn-)Arztpraxen, Rettungsdiensten und Dialysezentren 4.500 Euro steuerfrei erhalten können. Noch besser wäre es, wenn künftig alle Beschäftigten, die starker Mehrarbeit oder einer hohen Infektionsgefahr ausgesetzt waren, den Bonus bekommen.“

## Ampel vernachlässigt ländliche Regionen

Zum Etat des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft erklärt **der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Stegemann :**

„Die Ampel setzt bei den ländlichen Regionen den Rotstift an. Sechs Millionen Euro weniger soll es künftig für das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung geben. Bundesminister Özdemir macht lieber Politik für die Großstädte. Gutes Leben und Arbeiten auf dem Land sind ihm offenbar weit weniger wichtig. Auch die Kürzung von vier Millionen Euro im Investitions- und Zukunftsprogramm Landwirtschaft ist das völlig falsche Signal. Wir brauchen zur Sicherung unserer Ernährung gerade jetzt hochmoderne und nachhaltige Höfe in Deutschland.“



## Ampel verweigert Zeitenwende in der Landwirtschaft



Zur öffentlichen Anhörung über Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Versorgung der Bevölkerung in der Ukraine mit Lebensmitteln und zur Nahrungsmittelversorgung in der Welt statt erklärt **der agrarpolitische Sprecher**

**der CDU/CSU-Fraktion, Albert Stegemann:**

„Die Anhörung im Bundestag hat gezeigt, dass unmittelbarer Handlungsbedarf in der Agrar- und Ernährungspolitik besteht. Wir befinden uns bereits mitten in einer globalen Ernährungskrise. Die sogenannte „Zeitenwende“, von der Bundeskanzler Scholz spricht, gilt gerade auch für die Landwirtschaft. Die Ampel darf hier nicht aus politischem Kalkül wegsehen, den Kopf in den Sand stecken und ihre Politik nur weiterführen.“

Die Sachverständigen sind sich im Wesentlichen einig, dass Deutschland und Europa sich nicht abschotten dürfen und die nachhaltige Erzeugung von wichtigen Agrarprodukten ausweiten müssen. So kann die gestiegene Nachfrage auf den Weltmärkten bedient und die Ernährungskrise bekämpft werden. Dies gelingt aber nicht, wenn die Ampel-Regierung weiterhin darauf beharrt wertvolle Agrarflächen aus der Produktion zu nehmen und stillzulegen. Auch muss die Ampel sich endlich von ihren politischen Dogmen verabschieden, dass beispielsweise nur der Ökolandbau nachhaltig sei oder dass moderne Züchtungsmethoden grundsätzlich zu verteufeln sind.“

## Förderung der E-Mobilität passt so nicht mehr

Die CDU/CSU-Fraktion hat einen Antrag zur Fortsetzung der Förderung von Plug-in-Hybriden im Rahmen der Umweltprämie vorgelegt, der Planungssicherheit für Verbraucher, Händler und Hersteller fordert sowie der Alltagsrealität entspricht. Wegen vieler Lieferschwierigkeiten ist die Kopplung der Förderung an das Auslieferungsdatum bis Jahresende nur eine Scheinförderung, die kaum jemand noch in Anspruch nehmen kann. Hierzu erklärt **der zuständige Berichterstatter, Tilman Kuban:**

„Die Ampel hat selbst ein Reichweitenproblem, denn die Koalitionäre sind sich uneinig über die Förderpolitik. Wir fordern Klarheit für die Verbraucher, Händler und Hersteller, ob die Förderung von Plug-in-Hybriden zum Jahresende eingestellt oder fortgesetzt wird. Für die Auszahlung des Umweltbonus ist grundsätzlich das Datum der Fahrzeugbestellung, nicht das Datum der Fahrzeugzulassung zu Grunde zu legen. Sonst besteht die Gefahr, dass Verbraucher aufgrund der langen Lieferzeiten nicht mehr in die diesjährige Förderung fallen. Die Bundesregierung hat keinen Beweis der Marktgängigkeit der Plug-in-Hybrid-Technik geliefert, denn es gibt keine Marktsignale zur Senkung der Verkaufs-



preise. Die Plenardebatte hat gezeigt: Die Ampel hat viel Meinung, nur keine einheitliche. Ein weiteres Beispiel der chaotischen der Bundesregierung nach dem KfW-Bauförderstopp.“

## Potenzial des Energie- und Klimafonds sinnvoll nutzen



Zur Beratung des Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages über den Wirtschaftsplan des Energie- und Klimafonds (EKF) in der Bereinigungssitzung zum Bundeshaushalt 2022 erklärt **der zuständige Berichterstatter, Andreas Mattfeldt:**

„Die ursprüngliche und einzig richtige Idee des EKF ist es, hier Projekte oder Entwicklungen in der industriellen Produktion anzuschieben, die den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland massiv reduzieren. Darauf haben wir als Union in den Verhandlungen den Fokus gelegt und Anträge zur Abstimmung gebracht, die Forschung zum klimaneutralen Fliegen mit 100 Millionen Euro mehr auszustatten. Die Fliegerei ist einer der weltweit größten Emittenten und bietet großes Einsparungs- und Innovationspotential. Aufgrund des hohen Stellenwerts der Luftfahrtindustrie in Deutschland ist es für die heimischen Arbeitsplätze enorm wichtig, hier den Anschluss nicht zu verlieren. Ebenfalls eine wichtige Branche in Deutschland ist der Tourismus, in der es großes Einsparpotential von CO<sub>2</sub> gibt und dies auch von der Kundenschaft zunehmend als wichtiges Kriterium bei Buchungen gesehen wird. Für die Unterstützung der Tourismuswirtschaft zur Steigerung von Energieeffizienz und Maßnahmen zum Klimaschutz haben wir zwei Millionen Euro gefordert. Leider verfolgt die Ampel-Koalition hier eine andere Strategie und entwickelt den EKF vielmehr zu einem Sparschwein für zukünftige Wahlgeschenke.“

## Wettkampf um die Rohstoffe

Zur Beratung des Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages über den Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz in der Bereinigungssitzung zum Bundeshaushalt 2022 erklärt **der zuständige Berichterstatter, Andreas Mattfeldt:**

„Wie wichtig eine vorausschauende Sicherung von Rohstoffen ist, sehen wir alle hoch aktuell. Seit der Coronapandemie und dem Krieg in der Ukraine sind Begrifflichkeiten wie Chip-Mangel, Lieferkettenabbriss und Rohstoffengpässe keine Fremdwörter, sondern spürbare Realität im Portemonnaie oder am Supermarkt-Regal. Wenn die Rohstoffe fehlen, kann unsere heimische Industrie nicht produzieren mit den entsprechenden fatalen Auswirkungen auf die Arbeitsplätze und unseren Wohlstand. Daher fordern wir als Union, dass die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe aktiv ins Ausland geht, um Ressourcen zu sichern. China und eine ganze Reihe weiterer Staa-



ten sind hier schon seit Jahren massiv unterwegs.“

## Die Woche im Plenum



### 1. Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion

**Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter beschleunigen – Für Wohlstand, Versorgungssicherheit und ökologischen Mehrwert.** Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern in Deutschland zu lange. Wichtige Investitionen in allen Bereichen werden so verzögert. Die Bundesregierung unternimmt im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energiesicherheit derzeit erste Anstrengungen, die Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Mit unserem Antrag legen wir konkrete Vorschläge zur Beschleunigung einer Vielzahl von Investitionen vor. Unsere Vorschläge gehen weit über die erneuerbaren Energien oder Investitionen in LNG-Infrastruktur hinaus. Sie betreffen stringenteres Planungsverfahren, kürzere Gerichtsverfahren, effizientere Bürgerbeteiligungen sowie einen modernisierten Natur- und Artenschutz für alle Investitionen. Denn diese sind zum nachhaltigen Umbau unserer Wirtschaft erforderlich. Sie werden die Attraktivität des Investitionsstandorts Deutschland stärken.

**Masterplan Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen, Kinder und Jugendliche.** Die Hilfsbereitschaft der Deutschen für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge ist auch im vierten Monat des Krieges weiterhin überwältigend. Unzählige engagieren sich ehrenamtlich. Mit unserem Antrag, den wir abschließend beraten haben, zeigen wir auf, wie ukrainischen Kriegsflüchtlingen umfassend geholfen werden kann. Seit der ersten Beratung haben sich einigen Bereichen bereits Verbesserungen entsprechend unserer Vorschläge ergeben. Das ist positiv. Gleichwohl gibt es nach wie vor keinen über den Tag hinausgehenden Plan der Bundesregierung für nachhaltige Hilfe und Integration für die Kriegsflüchtlinge. Ein gut organisierter Staat ist die Grundlage dafür, dass Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen und Kinder ge-

lingt. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die dringend notwendigen Schritte umzusetzen.

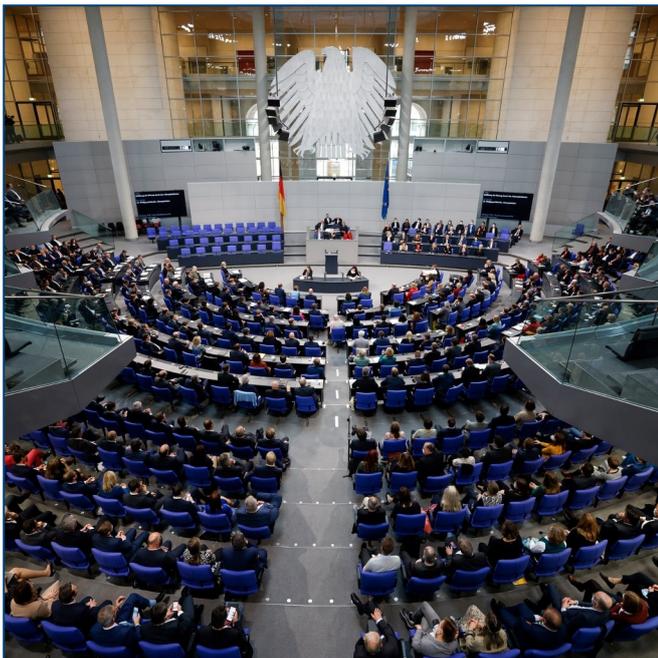
**Der Ukraine jetzt und in Zukunft helfen, Nahrungsmittelversorgung in der Welt sicherstellen sowie europäische und deutsche Landwirtschaft krisenfest gestalten.** Mit diesem in dieser Woche in abschließender Lesung beratenen Antrag legen wir als Unionsfraktion ein umfassendes Konzept vor, um die Nahrungsmittelversorgung angesichts der Verwerfungen durch Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine zu sichern. Wir richten die notwendigen agrar-, handels- und entwicklungspolitischen Forderungen an die Bundesregierung. So stärken wir die Ernährungssicherheit. Insbesondere auf nationaler Ebene muss die Bundesregierung u.a. unverzüglich auf ökologischen Vorrangflächen den Anbau auch von Feldfrüchten – die nicht zur Erzeugung von Tierfutter dienen – erlauben. So wie es die EU-Kommission mit ihrem Aktionsplan zur Ernährungssicherung den EU-Staaten ausdrücklich eingeräumt hat.



Mit unserem Antrag **Nachhaltige Mobilität – Förderung von E-Autos fortsetzen und für die Auszahlung des Datum der Fahrzeugbestellung zu Grunde legen** machen wir Vorschläge für die zukünftige Ausgestaltung des „Umweltbonus“, also der Förderung von Elektroautos. Diese gilt für Fahrzeuge, die rein batterieelektrisch, mit Wasserstoff und als Plug-In-Hybrid betrieben werden. Die Nachfrage nach Plug-In-Hybriden ist hoch, die eine Brückentechnologie darstellen und für viele Verbraucher den Umstieg auf die Elektromobilität erleichtern. Das Wirtschaftsministerium plant, die Förderung für Plug-In-Hybride auslaufen zu lassen. Wir fordern, dass Verbraucher, die auf Elektromobilität umsteigen wollen, trotz der langen Lieferzeiten noch eine Förderung erhalten. In dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, für die Auszahlung des Umweltbonus grundsätzlich das Datum der Fahrzeugbestellung missbrauchssicher und bürokratiarm zu

Grunde zu legen sowie Klarheit für Verbraucher, Händler und Hersteller zu schaffen.

## 2. Sonstige Tagesordnungspunkte

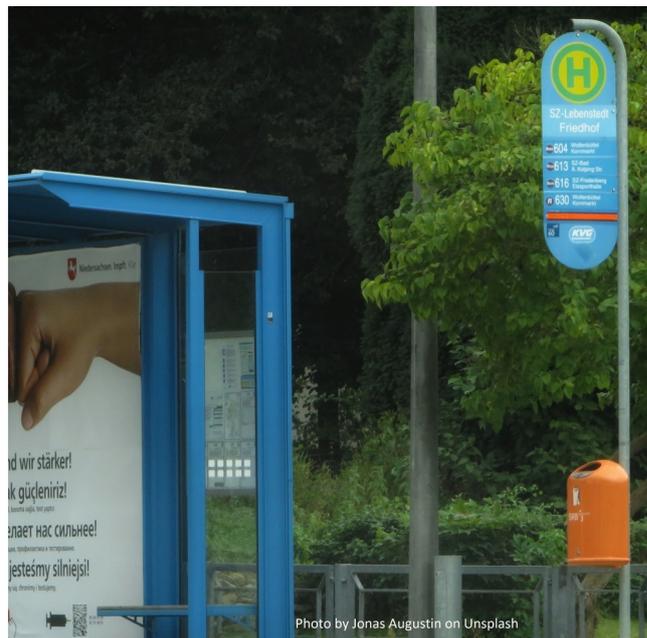


In 2./3. Beratung befassten wir uns mit dem **Vierten Gesetz zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise**. Mit dem Gesetz sollen Bürger und Wirtschaft durch zusätzliche Investitionsanreize unterstützt werden. Dies betrifft u. a. eine verbesserte Verlustverrechnung, Verlängerung degressiver Abschreibungen und steuerlicher Investitionsfristen, der steuerfreier Corona-Bonus für Pflegekräfte sowie eine erneute Verlängerung der Homeoffice-Pauschale. Darüber hinaus sollen steuerbefreite Zuschüsse des Arbeitgebers zum Kurzarbeitergeld weiter ermöglicht und die Abgabefristen für Steuererklärungen in beratenen Fällen angepasst werden. Wir tragen den Entwurf grundsätzlich mit und stellen unseren Antrag „**Mut zu wesentlichen steuerlichen Hilfsmaßnahmen**“ hinzu. Darin erheben wir klare Forderungen für eine weitergehende steuerliche Entlastung. Die Bemühungen der Bundesregierung um eine Stabilisierung der Wirtschaft reichen bisher nicht aus. Aufgrund der starken Inflation müssen wir Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen stärker entlasten.

In abschließender 2./3. Lesung haben wir den **Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Zahlung eines Bonus für Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen (Pflegebonusgesetz)** beraten. Wir unterstützen die zusätzliche Anerkennung für die der Beschäftigten im Pflegebereich. Allerdings ist das von der Ampel gewählte Verfahren sehr bürokratisch und langwierig, eine Auszahlung dürfte daher erst im Frühsommer erfolgen. Zudem werden bestimmte Berufsgruppen – wie etwa Medizinische Fachangestellte oder Beschäftigte im Rettungsdienst – nicht berücksichtigt. Das ist nicht nachvollziehbar. In unserem Antrag **Bonuszahlung für**

**Leistung der Medizinischen Fachangestellten, Zahnmedizinischen Fachangestellten sowie Beschäftigter im Rettungswesen in der Corona-Pandemie – Nachhaltige Stärkung des Berufsbilds der Medizinischen Fachangestellten jetzt voranbringen** machen wir deshalb Vorschläge, wie der Bonus besser und vor allem gerechter ausgestaltet werden kann.

**Siebtes Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes.** Mit dem in 2./3. Lesung beratenen Gesetzentwurf sollen die Regionalisierungsmittel – also die Zuschüsse des Bundes an die Länder für den öffentlichen Nahverkehr – im Jahr 2022 nochmals um 3,7 Milliarden Euro erhöht werden. Die Summe setzt sich zusammen aus 1,2 Milliarden Euro für den Ausgleich pandemiebedingter finanzieller Nachteile und 2,5 Milliarden Euro für die Umsetzung des „9 für 90“-Tickets. Wir stellen einen Entschließungsantrag zum Gesetzentwurf und machen darin klare Verbesserungsvorschläge: Begleitend zur Einführung des 9-Euro-Tickets müssen Maßnahmen getroffen werden, um auch Bus-, Bahn- und Taxiunternehmen zu entlasten. Ersatzzahlungen aus dem Regionalisierungsgesetz müssen umgehend dort ankommen, wo ein finanzieller Schaden entsteht. Mehrkosten, die die prognostizierten Regionalisierungsmittel-Aufwüchse übersteigen, muss der Bund als Ideengeber und Besteller des Ticketangebots vollumfänglich erstatten.



**Gesetz zur Änderung des Energiesteuerrechts zur temporären Absenkung der Energiesteuer für Kraftstoffe.** Mit dem Gesetzentwurf, den wir in 2./3. Lesung beraten haben, wird die Energiesteuer auf Benzin und Diesel für drei Monate auf das unionsrechtliche Mindestmaß abgesenkt. Dies senkt die Abgabenlast ca. um 30 Prozent. Die Grundidee des Entwurfs ist gut. Mit unserem Entschließungsantrag bringen wir jedoch weitere Verbesserungsvorschläge ein. Eine Absenkung für nur drei Monate ist nicht ausreichend. Erstens dürfte die Ukraine-Krise länger als nur drei Monate dauern. Zweitens ist

der Umstellungsaufwand für die Unternehmen groß. Drittens hören wir schon jetzt, dass die Absenkung wahrscheinlich nicht oder zu einem kleinen Teil an die Verbraucher weitergegeben wird. Ein längerer Zeitraum wäre erforderlich, damit die Kraftstofflager mit der erhöhten Steuer geleert, wiederbefüllt und anschließend die Senkung auch weitergegeben werden kann. Deshalb fordern wir eine dauerhafte Absenkung der Energiesteuer auf das unionsrechtliche Mindestmaß, zumindest jedoch für zwei Jahre.



**Gesetz zur Beschleunigung des Einsatzes verflüssigten Erdgases.** Mit diesem Gesetz – das wir in abschließender zweiter 2./3. Lesung beraten haben – soll den Behörden eine schnellere und effiziente Genehmigung des Baus von LNG-Infrastruktur ermöglicht werden. Dazu kann vorübergehend von bestimmten Verfahrensanforderungen, insbesondere im Bereich der Umweltverträglichkeitsprüfung, abgewichen werden. Die jeweiligen materiellen Zulassungsvoraussetzungen werden durch das Gesetz hingegen nicht verändert, so dass eine umfassende materiell-rechtliche Prüfung durch die Behörden weiter gewährleistet wird. Ziel des Gesetzes ist es, alle Zulassungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen erheblich zu beschleunigen. Wir unterstützen das Anliegen der Bundesregierung für eine Sicherung der Energieversorgung. In einem Entschließungsantrag stellen wir eigene Verbesserungsvorschläge hinzu.

### Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen

Millionen von Menschen in Deutschland träumen von den eigenen vier Wänden. Das Eigenheim im Grünen oder die Eigentumswohnung in der Stadt sind Ausdruck von Selbstverwirklichung und gelebter Freiheit. Eigentumserwerb dient außerdem der Altersvorsorge und muss auch für Menschen

mit geringen und mittleren Einkommen und insbesondere Familien möglich sein. Für eine zunehmende Anzahl an Menschen ist dieser Traum jedoch in die Ferne gerückt.

Mit unserem Antrag „Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen“ fordern wir Planungs- und Investitionssicherheit für Bauherren. Was versprochen wird, muss auch eingehalten werden: Die Bürger müssen sich auf staatliche Förderzusagen verlassen können. Die Lebensplanung vieler Familien hängt daran. Mit dem plötzlichen Förderstopp und der halbherzigen Neuauflage hat die Bundesregierung das Vertrauen unzähliger Bauherren erschüttert.

### Was wir fordern:

-  **Baukosten senken**
-  **Baubürokratie abbauen**
-  **Bauflächen verfügbar machen**
-  **Baukindergeld zuverlässig bereitstellen**

**CDU/CSU**

Wir fordern verlässliche Rahmenbedingungen für geförderten Eigentumserwerb und klimafreundliches Bauen. Zudem steigen die Baukosten rasant. Wir lassen Familien nicht länger mit den steigenden Baukosten allein. Deshalb müssen kostentreibende Vorschriften entschlackt, Genehmigungsverfahren beschleunigt und auch konkrete Entlastungen erreicht werden. So muss die Bereitstellung des Baukindergeldes sichergestellt und den Ländern ermöglicht werden, beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer einzuführen.

**CDU/CSU** Fraktion im Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

**Vorsitzender:**  
Dr. Mathias Middelberg MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 – 227 79498  
Fax: 030 – 227 70139  
Email: [stefan.krueppel@cducsu.de](mailto:stefan.krueppel@cducsu.de)  
Internet: [www.lg-nds.de](http://www.lg-nds.de)

**Bildnachweis:**  
Foto Header: Tobias Koch

*Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.*